



## Niederschrift

### 96. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 15.10.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:32 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Exner (stellvertretend für den Oberbürgermeister gem. § 56 Abs. 2 BbgKVerf bezüglich des Stimmrechts)		
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Kaminski, Peter	DIE LINKE	ab 17:15 Uhr
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	bis 19:40 Uhr
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	bis 19:15 Uhr
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	bis 18:35 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	entschuldigt
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	Familien-Partei	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1	Herr Weis, Verkehrsbetrieb Potsdam
Frau Fischer, GB 2	Herr Harder, Stadtjugendring
Frau Dr. von Quick-Frenz, GB 4	Herr Gruschka, Frau Paech, DIE LINKE
Herr Ernst für den GB 3	Frau von Preußen, Herr Wanke, TSV
Herr Richter, KIS	Frau Dr. Seeman, FB Kultur und Museum
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung	Frau Krusemark, Bereich Recht
Herr Hadlich, Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters	

#### Schriftführerin:

Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 24.09.2008
  
- 2 Waschhaus und Lindenpark  
Vorlage: 08/SVV/0822  
Fraktion DIE LINKE
  
- 3 Profil des Waschhauses erhalten  
Vorlage: 08/SVV/0848  
Fraktion SPD  
mit Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE
  
- 4 Combino-Straßenbahnen  
Vorlage: 08/SVV/0826  
Stadtverordneter Volkmar Näder, Fraktion CDU
  
- 5 Standort des Vereins Spartacus und des Jugendclubs S13  
Vorlage: 08/SVV/0886  
Fraktion Familien-Partei
  
- 6 Prüfung der Reaktivierung Tierheimstandort Wildpark  
Vorlage: 08/SVV/0890  
Fraktion DIE LINKE
  
- 7 Baurecht für Kita und Wohnbebauung am Filmpark  
Vorlage: 08/SVV/0895  
Fraktion SPD
  
- 8 Erhalt des Standortes für den Archiv e.V.  
Vorlage: 08/SVV/0907  
Fraktion DIE LINKE
  
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 9.1 Bericht zum Bürgertreff in der Waldstadt II  
gemäß Vorlage: 08/SVV/0830
  
- 9.2 Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17  
gemäß Vorlage: 08/SVV/0771
  
- 9.3 Erfahrungen mit der Stadtordnung  
Vorlage: 08/SVV/0874  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 9.4           Kostenloses Schülerticket  
Vorlage: 08/SVV/0807  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 9.5           Quartiersmanagement  
Vorlage: 08/SVV/0879  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 9.6           Sport- und Freizeitfläche Sacrow  
aus HA 24.09.2008
- 9.7           Verfahrensstand zum Neubau der Mehrzweckhalle Luftschiffhafen
- 10            Sonstiges

#### **Protokoll:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1           Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 24.09.2008**

Bezug nehmend auf § 56 Abs. 1 und 2 BbgKVerf erläutert Herr Exner eingangs, dass der Erste Beigeordnete der allgemeine Stellvertreter des hauptamtlichen Bürgermeisters ist und im Falle der Verhinderung alle Aufgaben des hauptamtlichen Bürgermeisters wahrnimmt, mit Ausnahme der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung. Das bedeute, dass er in persona in dieser Funktion das Stimmrecht des Oberbürgermeisters im Hauptausschuss wahrnehmen könne, da der Oberbürgermeister qua Gesetz Mitglied im Hauptausschuss sei. Da die neue Kommunalverfassung mit dem Tag der Wahl in Kraft getreten und der Oberbürgermeister an der Teilnahme der heutigen Hauptausschusssitzung wegen anderer Termine gehindert sei, werde er von dieser Möglichkeit ab sofort Gebrauch machen. Er macht im Weiteren darauf aufmerksam, dass damit nur das Stimmrecht auf den Ersten Beigeordneten übergehe; die Vertretung in der Sitzungsleitung obliege weiterhin dem gewählten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Anschließend begrüßt Frau Knoblich als stellvertretende Vorsitzende die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt Frau Knoblich die Empfehlung der Verwaltung vor, die Tagesordnungspunkte 4 und 9.6 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Auf die Nachfrage zur Begründung dieses Vorschlags erläutert Herr Exner, dass es sich beim Antrag zu den Combino-Straßenbahnen, DS 08/SVV/0826, um Vertragsangelegenheiten mit Dritten handle, die gemäß der gültigen Hauptsatzung § 11 Abs. 3 Punkt 6 im nicht öffentlichen Teil zu behandeln seien. Bei der Sport- und Freizeitfläche Sacrow, Tagesordnungspunkt 9.6, spielen eigentumsrechtliche Faktoren eine Rolle.

Herr Schüler spricht sich gegen die Behandlung des Antrags 08/SVV/0826 im

nicht öffentlichen Teil aus, da er die gegenwärtige Vergabe nicht tangiere. Sollte sich im Ergebnis der Diskussion diesbezüglich etwas ergeben, könne dies dann nicht öffentlichen behandelt werden. Dieser Argumentation schließen sich sowohl Herr Dr. Scharfenberg als auch Frau Banwitz an, die darüber hinaus darauf verweist, dass zu den neuen Combinos bereits in der Presse ausführlich berichtet worden sei.

Frau Knoblich stellt den Vorschlag von Herrn Schüler, die DS 08/SVV/0826, Combino-Straßenbahnen, im öffentlichen Teil zu behandeln, zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Gegen die nicht öffentliche Behandlung des Tagesordnungspunkt 9.6 erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 95. Sitzung des Hauptausschusses vom 24. September 2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

**zu 2      Waschhaus und Lindenpark**

**Vorlage: 08/SVV/0822**

Fraktion DIE LINKE

**zu 3      Profil des Waschhauses erhalten**

**Vorlage: 08/SVV/0848**

Fraktion SPD

mit Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Gegen den Vorschlag von Frau Knoblich, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 zusammen zu behandeln erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend bringt Frau Dr. Schröter die DS 08/SVV/0822 namens der Fraktion DIE LINKE ein und verweist auf die Bedeutung des Anliegens für das Interessenbekundungsverfahren und die Bedeutung eines Beschlusses als gutes Zeichen auf dem Weg zur Entscheidungsfindung. Für die sich anschließende Diskussion empfiehlt Herr Schubert eine Verständigung zum Umgang mit den beiden Anträgen für den Fall, dass sich jemand sowohl für das Waschhaus als auch für den Lindenpark im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens beworben habe. Dem widerspricht Frau Dr. Schröter, da sie es für falsch halte, ohne Kenntnis der Bewerbungen darüber zu entscheiden, ob dies getrennt oder zusammen behandelt werden solle. Frau Fischer verweist darauf, dass im Interessenbekundungsverfahren beide Optionen enthalten seien und Frau Dr. Müller betont, dass die Vorlagen eine mögliche Ausrichtung der Bewertung der Bewerbungen seien und eine politische Willensbekundung auf den Weg geben sollen. Herr Schüler hält es für problematisch, dass nach Abschluss der Bewerbungen Kriterien der Auswahl bestimmt werden, die den Bewerbern nicht bekannt waren und hält insofern den Antrag der Fraktion DIE LINKE für nicht zustimmungsfähig. Im Weiteren werden die Argumente zu dieser Problematik ausgetauscht, so von Frau Dr. Schröter, die auf eine gleiche Verfahrensweise bei der Auswahl des Personals verweist sowie darauf, dass der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE ein Ergebnis aus dem Workshop im August diesen Jahres sei, den die Fraktion aufgegriffen habe. Herr Exner betont, dass man sich hier nicht in einem förmlichen Bieterverfahren befinde, denn da wäre genau das verboten. Trotzdem sei es kein guter Stil, im Nachhinein die Kriterien zu ändern. Er frage sich überhaupt, warum man sich jetzt schon einschränken wolle, ohne die vorliegenden Bewerbungen zu kennen. Herr Schubert meint, dass es einen Vertrauensschutz gebe und man bei Änderung der Kriterien nicht ausschließen

könne, einen Bewerber zu benachteiligen.

Herr Schliepe fragt nach, wie sich die Verwaltung das weitere Verfahren vorstelle, ob es nach Sichtung der Bewerbungen eine tabellarische Auflistung gebe und welches Gremium die Auswahl treffe. Frau Fischer verweist in ihrer Antwort auf die dafür gebildete Jury, die am 22. Oktober 08 das erste Mal tagen werde. Die Fraktionen haben die Möglichkeit, Vertreter zu benennen und darüber hinaus werde es eine externe Begleitung geben. Anfang November solle die Entscheidung gefällt werden, was auch notwendig sei, um dies zum 01.01.2009 wirksam werden zu lassen.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert daran, dass das Anliegen schon längere Zeit diskutiert werde und die Fraktionen leider keine Einflussmöglichkeiten auf das Interessenbekundungsverfahren gehabt hätten, deshalb bitte er um Abstimmung der Vorlage der Fraktion DIE LINKE. Im Weiteren stellt er die Frage, wie damit umgegangen werde, dass ein Bewerber während des Workshops anwesend gewesen sei und damit sicher auch einen Vorteil hatte; auch dadurch, dass der Oberbürgermeister ihn bereits präferiert habe. Frau Fischer entgegnet, dass nicht nur ein, sondern mehrere Träger anwesend gewesen seien. Herr Schüler spricht sich nochmals gegen eine Abstimmung und Beschlussfassung des Antrags und damit eines Kriteriums aus, von dem die Bewerber nichts wissen konnten.

Im Weiteren verweist Frau Knoblich auf einen in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur DS 08/SVV/0848 mit dem Wortlaut:

Der 2. Satz ist wie folgt zu **ändern**:

*Die Stadtverwaltung hat ihren Einfluss geltend zu machen, dass die heutigen Mitarbeiter des Waschhauses vom künftigen Träger übernommen werden.*

Herr Schubert spricht sich für eine Gleichbehandlung beider Anträge und gegen den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE aus. Frau Fischer verweist darauf, dass die Prüfung der Übernahme des Personals Inhalt der Ausschreibung sei.

Anschließend stellt Frau Knoblich die DS 08/SVV/0822 zur Abstimmung; diese Vorlage wird mit **9 Nein-Stimmen abgelehnt, bei 6 Ja-Stimmen**.

Der zur Abstimmung gestellte Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur DS 08/SVV/0848 wird ebenfalls mit **9 Nein-Stimmen abgelehnt, bei 6 Ja-Stimmen**. Die DS 08/SVV/0848 wird durch Herrn Schubert namens der Fraktion SPD **zurückgezogen**.

#### zu 4

#### **Combino-Straßenbahnen**

**Vorlage: 08/SVV/0826**

Stadtverordneter Volkmar Näder, Fraktion CDU

Herr Schröder verweist eingangs darauf, dass dieser Antrag nicht von der Fraktion CDU gestellt wurde, sondern von Herrn Näder allein und er deshalb keine weitere Einbringung und Erläuterung dazu geben werde. Herr Schüler spricht sich gegen den Antrag aus, da nicht einleuchtend sei, wie der Oberbürgermeister jetzt etwas anderes aufklären solle als die Staatsanwaltschaft bereits vor 6 Jahren.

Der zur Abstimmung gestellte Antrag wird mit **11 Nein-Stimmen abgelehnt, bei 0 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen**.

## zu 5

### Standort des Vereins Spartacus und des Jugendclubs S13

Vorlage: 08/SVV/0886

Fraktion Familien-Partei

Herr Hadlich führt dazu aus, dass die Verwaltung mit dem Spartacus im Gespräch sei und sie sich die neue Immobilie angeschaut habe. Die Verwaltung meine, es sei das passende Angebot; der Verein Spartacus prüfe noch. Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die Festlegung, dass über das Angebot und die dazu notwendigen finanziellen Mittel in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses entschieden werden solle und fragt, wie es damit stehe und ob es für das jetzige Angebot eine finanzielle Absicherung gebe. Im Weiteren wurde die Festlegung getroffen, dass es ab Oktober eine Lösung geben müsse, um die bevorstehenden Wintermonate zu „überstehen“ und so wolle er auch wissen, ob es dafür ein Angebot gebe.

Herr Hadlich verweist darauf, dass der Spartacus e.V. verschiedene Genre anbiete, die unterschiedliche Räumlichkeiten beanspruchen. Dafür gebe es wiederum unterschiedliche Möglichkeiten der Umsetzung, die aber erst dann geprüft werden können, wenn die konkreten Vorstellungen des Spartacus vorliegen; gleiches gelte für den finanziellen Bedarf. Herr Exner betont, dass es eine gemeinsame Aufgabe sein müsse, für die Finanzierung eine Lösung zu finden und das die Kenntnis einer konkreten Summe voraussetze.

Frau Dr. Müller merkt an, dass sie die Ausführungen wie „schauen wir mal“ beunruhigen, denn nach ihrer Auffassung müsse es doch zumindest einen zeitlichen Fahrplan geben, wie das Vorhaben befördert werden könne. Seit März diesen Jahres werde dieses Problem „bewegt“ und jetzt sei man an genau der gleichen Stelle wie vor 6 Monaten, was nicht befriedige. Sie fragt, welche Vereinbarungen mit dem Spartacus getroffen worden seien.

Herr Hadlich informiert über die getroffenen Absprachen und ein erneutes Treffen mit dem Verein am nächsten Tag. Konkretere Angebote auch für die Winterzeit könne er nicht nennen, da die Angebote des Vereins zu unterschiedlich seien und sich der Verein noch nicht geäußert habe, welche davon prioritär behandelt werden sollen. Erst danach könne entschieden werden, wo was unterzubringen sei. Auch der von Herrn Dr. Scharfenberg nachgefragte Standort der ehemaligen Humboldtbibliothek werde in die Prüfung einbezogen.

Herr Schubert verweist nachdrücklich darauf, dass am Ende eine konkrete Summe beschlossen werden müsse und es ihn ärgere, dass der Verwaltung Untätigkeit vorgeworfen werde, obwohl mehrere Standorte angeboten worden seien und letztlich nun auch der jetzt diskutierte. Das Vorhaben „verschleppen“ wolle keiner. Dem schließt sich Herr Utting an und sieht jetzt die Aufgabe beim Verein, der zügig prüfen müsse. **Das Ergebnis sollte zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorliegen und das Thema erneut aufgerufen werden.**

## zu 6

### Prüfung der Reaktivierung Tierheimstandort Wildpark

Vorlage: 08/SVV/0890

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg verweist bei der Einbringung des Antrags auf die Zielstellung, das Tierheim in absehbarer Zeit wieder in Potsdam unterzubringen. Der Vertrag mit dem Pfötchenhotel laufe aus und deshalb verweise der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf die Möglichkeit der Reaktivierung des ehemaligen Standorts. Diese Variante solle in die jetzt notwendige Ausschreibung mit einbezogen und die Diskussion vor diesem Hintergrund geführt werden.

Herr Ernst führt aus, dass die Verwaltung dazu eine andere Auffassung habe und bestrebt sei, eine langfristige Lösung in Eiche, auf dem Weg nach Bornim, zu schaffen. Das Gebäude/Gelände des ehemaligen Tierheims sei schon deshalb

nicht geeignet, weil sowohl Strom als auch Wasser abgestellt seien, die Außenkäfige nicht mehr existieren, Heizkörper und andere Anlagen nur mit hohen Investitionen reaktiviert werden können und die vorhandenen Käfige schon vor der Schließung als zu klein bewertet worden seien. Insofern sprechen auch wirtschaftliche Aspekte, wie die genannten Investitionen und die entstehenden Mietkosten gegen diesen Standort. Im Weiteren lasse die Größe des Geländes nur die Aufnahme von Fund- und Verwahrtieren aus Potsdam und nicht mehr aus den Umlandgemeinden zu. Eine notwendige Ausnahmegenehmigung für die Betreuung sei aus veterinärmedizinischer Sicht nicht zu erlangen und aus juristischer Sicht spreche einiges gegen den Tierschutzverein als Vertragspartner.

Herr Exner bekräftigt die Ausführungen von Herrn Ernst und betont, dass die europaweite Ausschreibung einen anderen Weg gehe, als den jetzt beantragten. Der Text der genannten DS schließe bezüglich der Reaktivierung auch den Tierschutzverein mit ein; das aber sei aufgrund sechs anhängiger Klagen gegen den Tierschutzverein ausgeschlossen. Diese Klagen beziehen sich auf nicht erfüllte Vertragsverpflichtungen und damit sei der Tierschutzverein kein verlässlicher Vertragspartner für die Stadt.

Herr Schüler stellt den Geschäftsordnungsantrag festzustellen, dass sich der Antrag der Fraktion DIE LINKE durch Verwaltungshandeln erledigt habe, denn die Verwaltung habe bereits geprüft und in der heutigen Sitzung das Ergebnis dargestellt. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aus und fordert, das Problem umfassend zu diskutieren, um dem Anliegen gerecht zu werden.

**Der Geschäftsordnungsantrag wird zur Abstimmung gestellt und mit 8 Ja-Stimmen angenommen, bei 6 Nein-Stimmen. Damit ist die DS 08/SVV/0890 durch Verwaltungshandeln erledigt.**

Die Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags von Herrn Schröder, die Diskussion bezüglich der genannten Rechtsstreitigkeiten im nicht öffentlichen Teil fortzusetzen, hat sich damit erübrigt.

In einer **persönlichen Erklärung** wendet sich Herr Schüler gegen die Äußerungen von Herrn Dr. Scharfenberg und betont, dass er mit seinem Antrag nicht über das Anliegen, sondern zum Auftrag der Prüfung des ehemaligen Standorts gesprochen und beantragt habe, diese Prüfung als erledigt anzusehen.

Herr Schubert bittet um die schriftliche Ausreichung der Prüfergebnisse an die Fraktionen.

Herr Dr. Scharfenberg bezeichnet in seiner **persönlichen Erklärung** die Abstimmung als „einmaligen Vorgang“ und betont, dass die Prüfergebnisse nicht den Vorgaben entsprechen und er die Ausführungen nicht akzeptiere. Er meine, die Form der Behandlung und der Umgang mit dem Problem spreche für sich.

zu 7

**Baurecht für Kita und Wohnbebauung am Filmpark**

**Vorlage: 08/SVV/0895**

Fraktion SPD

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt dazu aus, dass es für dieses Gebiet einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan mit der Nr. 141 gebe und der im Antrag bezeichnete Bereich überwiegend als Grünfläche ausgewiesen sei. Mit Herrn Schatz habe die Verwaltung aber diskutiert, wie zumindest das Anliegen der Kita-Bebauung umsetzbar sei und verabredet, für einen kleinen Bereich ein beschleunigtes Verfahren nach § 13 a durchzuführen, so dass im März 2009 das Planungsrecht vor-

liege. Für den restlichen Bereich gebe es das normale Verfahren, das etwas länger dauern werde, weil ein großer Teil davon im gültigen B-Plan als Fläche für Ausgleichsmaßnahmen für Wohnbebauung ausgewiesen und bei entsprechender Änderung ein artenschutzrechtliches Gutachten notwendig sei. Ein beschleunigtes Verfahren werde wegen der Ausgleichsmaßnahmen nicht funktionieren und das genannte Gutachten beanspruche etwas Zeit.

Herr Schüler betont, dass sich für ihn aus den Ausführungen der Beigeordneten die Notwendigkeit für eine Änderung des B-Planes nicht erschließe, denn in diesem gebe es bereits eine für Wohnbebauung ausgewiesene Fläche. Frau Bankwitz verweist darauf, dass auf dem jetzt geplanten Kita-Gelände geschützte Biotope liegen und fragt nach, welche Auswirkungen die B-Plan-Änderung auf die Prioritätenliste der B-Plan-Verfahren habe. Herr Schubert nennt das ehemalige RAW-Gelände als positives Beispiel für ein beschleunigtes Verfahren zur Wohnbebauung und fragt, warum das hier anders sein solle.

Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist darauf, dass es im Unterschied zum Medienpark für das ehemalige RAW-Gelände keinen B-Plan gegeben habe und auch keine ausgewiesenen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen. Bezüglich der Prioritätenliste werde der Stadtverordnetenversammlung im November eine neue Fassung vorgelegt, in der für die Kita die Priorität 1 und für die Wohnbebauung eine Planungszeit bis Ende 2009 vorgesehen sei. Im Norden des B-Planes sei eine Mischbebauung ausgewiesen; der Antragsteller habe aber den Wunsch, auf der ehemaligen Tram-Trasse eine Wohnbebauung zu ermöglichen.

Herr Schubert schlägt eine Beratung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vor und bittet, die von der Verwaltung genannte Zeitschiene in die Niederschrift aufzunehmen. Dem Vorschlag der Überweisung in den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen schließt sich Herr Cornelius an, da der Investor dazu eingeladen und nach seinen Gründen für die Bebauung auf der Fläche der ehemaligen Straßenbahntrasse befragt werden könne. Herr Dr. Scharfenberg unterstützt das Anliegen und schlägt vor, sich darauf zu einigen, beides im schnellstmöglichen Verfahren umzusetzen.

Herr Mühlberg fragt nochmals nach, warum nicht auf den jetzt schon ausgewiesenen Flächen gebaut werde und sieht im Wegfall der Tramtrasse eine Erweiterung des Gebiets im Bereich „Sandscholle“, was auch Einfluss auf die Struktur der Bebauung habe, aber keinen Einfluss auf das Gebiet an der Stahnsdorfer Straße.

Frau Dr. von Kuick-Frenz betont, dass die Verwaltung im Sinne des Eigentümers geprüft habe, um seinem Anliegen die Kita ortsnah im Südbereich des B-Plans anzugliedern und eine zusätzliche Wohnbebauung zu ermöglichen.

Herr Schubert schlägt im Weiteren eine geänderte Textfassung vor, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass im schnellstmöglichen Verfahren Baurecht für die am Filmpark Babelsberg geplante Kindertagesstätte und die Wohnbebauung geschaffen wird.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2008 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1



**Erhalt des Standortes für den Archiv e.V.****Vorlage: 08/SVV/0907**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und verweist auf die Diskussion, dass das Archiv e.V. am jetzigen Standort bleiben solle. Nach der Vor-Ort-Begehung bestehe zumindest der Verdacht, dass das so nicht gehalten werden könne. Herr Hadlich entgegnet, dass die so genannte Brandschau in Abstimmung mit dem Archiv e.V. stattgefunden habe, weil dies die Voraussetzung für einen längerfristigen Nutzungsvertrag gewesen sei. Derzeit befinde man sich im laufenden Verfahren und deshalb plädiere er für eine Überweisung in den Werksausschuss des KIS, um einzelne Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen diskutieren zu können.

Herr Schüler spricht sich dafür aus, den Antrag gleich abzustimmen, da er das Anliegen mittrage. Die in der Drucksache aufgeführte Begründung halte er allerdings für problematisch, denn auch der Archiv e.V. habe eine Verantwortung, die er nicht immer wahrgenommen habe. Der Antrag solle den Willen deutlich machen, dass der Verein am Standort verbleiben könne. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass mit dem Antrag das Ziel abgesteckt werden solle; die Verwaltung sei darin frei, wie sie es umsetzen wolle. Herr Schliepe meint, es sei das falsche Signal zu sagen: „Wir gucken mal, was das kostet“. Erst müsse der Wille signalisiert werden, dann die Kosten benannt und dann müsse die Verwaltung sagen, wie die Umsetzung erfolgen solle. Herr Schubert verweist darauf, dass es sich bei der notwendigen Summe um Millionen handle und so eine Entscheidung müsse zahlenmäßig untersetzt werden. Zu bedenken seien dabei auch die Kosten für die notwendigen Kita- und die Schulsanierungen.

Herr Exner führt aus, dass es keiner Seite gerecht werde, wenn man „in's Blaue“ beschließe. Der Vertrag mit dem Archiv e.V. sei aus dem Jahr 1997 - damit erhalte der Verein alles kostenlos, hätte sich aber um alles selbst kümmern müssen, was nicht geschehen sei. Die jetzt notwendigen Maßnahmen müssen konkreter gefasst werden. Herr Schüler meint, dass es die gemeinsame Verantwortung von Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung sei, alle Verdächtigungen auszuschließen, das Archiv müsse mit der Sanierung der Speicherstadt den jetzigen Standort verlassen. Frau Bankwitz verweist auf die wiederholte Antragstellung zu diesem Thema und warnt vor einer Sanierung a la Schiffbauergasse, denn damit werde die Sanierung „tot gerechnet“. Es gehe um die Sicherung des Standorts und deshalb solle dem Antrag auch gefolgt sowie ein Weg für eine kostengünstige Variante gefunden werden.

Herr Schröder merkt an, dass er beide Diskussionen für falsch halte. Einerseits gebe es Sanierungsaufgaben, an die sich der Vermieter halten müsse, andererseits könne der KIS auf Dauer nicht kostenlos vermieten. Herr Schliepe äußert, dass es darum gehe, dass das Archiv die Arbeit dort fortsetzen könne. Sicher dürfe nicht „in's Blaue“ beschlossen und müsse schon nach Vertrag und Eigenleistung geguckt werden. Es gehe aber letztlich um einen längerfristigen Mietvertrag und um den drücke sich die Stadt seit Jahren.

Frau Dr. Schröter betont, dass es sie schon gewundert habe, dass das Thema so kurz nach der Kommunalwahl aufgetaucht sei und wenn Herr Schubert mit Zahlen arbeite, müsse es ja etwas als Grundlage geben. Herr Schubert entgegnet, dass in Gesprächen eine Summe von 4 – 5 Mio DM auf der Grundlage eines älteren Gutachtens, das von Seiten des Vereins gemacht wurde, genannt worden sei. Diese Summe sei jetzt auf Grund steigender Baukosten sicher noch höher. Er schlage eine Ergänzung des Antrags mit folgendem Wortlaut vor:

*Dazu ist durch die Verwaltung bis März 2009 ein Konzept incl. des Finanzierungskonzeptes vorzulegen, welches mit dem Archiv e.V. abgestimmt ist.*

Herr Hadlich weist den Vorwurf, das Thema sei nach der Kommunalwahl „aufgetaucht“, zurück.

Herr Exner stimmt dem Vorschlag, eine Konzeption vorzulegen, zu; im Januar könne sicher ein Zwischenbericht gegeben werden; trotzdem bitte er um eine Änderung des Termins in März 2009.

Herr Cornelius meint, dass er das Problem nicht verstehe, dass die Speicherstadtbebauung den Betrieb des „Archivs“ stören solle. Bezüglich der vertraglichen Vereinbarungen verweist er darauf, dass in einem normalen Mietvertrag mit dem KIS die Kosten für eine Sanierung einfließen, was ebenso schwierig sein dürfte, wie die Kosten selbst aufzubringen. Deshalb halte er den von Herrn Schubert vorgetragenen Ergänzungsantrag für unbedingt notwendig.

Herr Dr. Scharfenberg sieht in der Diskussion zwei unterschiedliche Richtungen. Die Argumentation von Herrn Exner komme einem schleichenden Rückzug gleich und deshalb sei ein Grundsatzbeschluss notwendig, weil das beinhalte, dass das Notwendige sofort gemacht werden müsse. Den eingebrachten Ergänzungsantrag und die geänderte Terminstellung in März 2009 übernehme die Fraktion DIE LINKE.

Herr Schröder bittet, in die Prüfung auch einen Erbbaurechtsvertrag mit aufzunehmen. Frau Knoblich stellt fest, dass die Immobilie dem Träger kostenlos zur Verfügung gestellt wurde und dieser sich im Gegenzug dazu verpflichtet habe, mit dem Verein entsprechende Maßnahmen zur Erhaltung zu tätigen. Jetzt, nach 11 Jahren, müsse die Frage gestellt werden, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt Investitionen getätigt worden seien, denn davon war bisher noch gar nicht die Rede. Herr Exner entgegnet darauf, dass wesentliche Pflichten, einschließlich der Instandhaltungspflichten, auf den Verein übertragen worden seien und im Gegenzug dafür die kostenlose Nutzung des Objekts ermöglicht wurde. Dazu habe es auch eine Korrespondenz zwischen dem KIS und dem Verein gegeben, die im Werksausschuss des KIS besprochen werden sollte.

Herr Schubert erweitert seinen Ergänzungsantrag um einen weiteren Satz mit dem Wortlaut:

*Das Ergebnis der Brandschau und die sich daraus ergebenden Maßnahmen sind im Hauptausschuss am 05.11.2008 vorzulegen.*

Auch hierfür signalisiert Herr Dr. Scharfenberg Zustimmung, damit der KIS tätig werden und die dringendsten Maßnahmen einleiten müsse, um eine Schließung des Hauses zu verhindern.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass das Gebäude in der Leipziger Straße durch den Archiv e.V. weiter genutzt werden kann.

Dazu ist durch die Verwaltung bis Januar 2009 ein Konzept incl. des Finanzierungskonzeptes vorzulegen, welches mit dem Archiv e.V. abgestimmt ist.

Das Ergebnis der Brandschau und die sich daraus ergebenden Maßnahmen sind im Hauptausschuss am 05.11.2008 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 9        Mitteilungen der Verwaltung****zu 9.1     Bericht zum Bürgertreff in der Waldstadt II  
gemäß Vorlage: 08/SVV/0830**

Frau Fischer berichtet über die Festlegung, den ehemaligen Buchladen in der Waldstadt II zur Verfügung zu stellen und ab Dezember diesen Jahres mit der Nutzung zu beginnen. Dafür solle es eine Befristung geben, da eine Übergangslösung gebraucht werde; u.a. zur Vorbereitung des Jubiläums „30 Jahre Waldstadt II“. Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass mit dem Beschluss eine stabile Lösung angestrebt wurde und er die jetzige Variante als Einstieg in eine dauerhafte Lösung ansehe. Frau Fischer bestätigt, dass es natürlich Gespräche mit dem Käthe-Kollwitz-Heim gebe, um eine dauerhafte Lösung zu schaffen.

**zu 9.2     Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen zum Verkehrsprojekt Deutsche  
Einheit Nr. 17  
gemäß Vorlage: 08/SVV/0771**

Herr Exner informiert, dass am 19.09.2008 die Klage gegen den Feststellungsbeschluss eingereicht wurde und die Begründungsfrist noch laufe. Die Stadt lasse sich diesbezüglich anwaltlich begleiten.

Aus anderen Städten, wie Schwedt und Eberswalde wurde die Aufforderung an die Stadt gerichtet, die Klage wieder zurückzunehmen, um deren wirtschaftliche Entwicklung und Einbindung in das europäische Wasserstraßennetz nicht zu verhindern. Auf die Frage von Herrn Mühlberg, welche fachlichen Argumente die Hoffnung auf einen Erfolg der Klage begründen, entgegnet Herr Exner, dass es erst einmal um die fristwahrende Klageeinreichung gegangen sei und die Erarbeitung der Begründung noch laufe.

**zu 9.3     Erfahrungen mit der Stadtordnung  
Vorlage: 08/SVV/0874**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Herr Dr. Scharfenberg sieht den Auftrag mit der vorgelegten Mitteilungsvorlage als nicht erfüllt an und meine, die Verwaltung habe es sich sehr leicht gemacht. Bis Ende des Jahres sollte dazu noch etwas vorgelegt werden, was dem Anliegen Rechnung trage. Herr Exner betont, dass die Prüfung unter der Maßgabe eines eventuellen Änderungsbedarfs der Stadtordnung erfolgt sei. Herr Ernst schließt sich dem an und führt aus, dass es für die Verwaltung schwer gewesen sei, auf den Antrag einzugehen, da er keinen klaren Auftrag enthalten habe. Die Stadtordnung sei aus Sicht der Verwaltung praktikabel und es gebe keine gravierenden Hinweise aus der Bevölkerung, die eine Ergänzung nötig mache. Dem widerspricht Herr Dr. Scharfenberg, denn er erhalte regelmäßig Hinweise von Bürgern, die sich mit der Stadtordnung beschäftigen. Einer halbseitigen Erklärung in der Mitteilungsvorlage, was eine Stadtordnung vom Sinn her sei, hätte es nicht bedurft, das wisse jeder. Herr Ernst sagt im Ergebnis der Diskussion einen qualitativ nachgebesserten Bericht mit Schlussfolgerungen bis zum Ende des Jahres zu.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 Kostenloses Schülerticket**

**Vorlage: 08/SVV/0807**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Schliepe merkt zur vorliegenden Mitteilungsvorlage an, dass er vom Inhalt dieser nicht begeistert sei, da die Verwaltung mit dem Anliegen sehr stiefmütterlich umgegangen sei. Eine analoge Anwendung, wie beim Semesterticket sei nicht Inhalt des Antrags gewesen und auch nicht gewollt. Im Weiteren beantwortet Herr Exner die Nachfragen von Herrn Schliepe und sagt zu, die Antwort bezüglich der 20 %igen Einnahmeerhöhung nachzureichen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5 Quartiersmanagement**

**Vorlage: 08/SVV/0879**

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die vorgelegte Mitteilungsvorlage, die darstelle, dass Quartiersmanagement Sinn mache. Jetzt sei zu überlegen, wie das umzusetzen sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6 Sport- und Freizeitfläche Sacrow**

aus HA 24.09.2008

siehe nicht öffentlicher Teil

**zu 9.7 Verfahrensstand zum Neubau der Mehrzweckhalle Luftschiffhafen**

Frau Fischer informiert, dass das Wirtschaftsministerium derzeit die Kompatibilität der einzelnen Fördertöpfe prüfe und erst nach dieser grundsätzlichen Klärung ein konkreter Förderantrag gestellt werden könne.

Herr Dr. Scharfenberg bittet festzustellen, dass die Verwaltung alles tue, um die Halle zu erhalten und die Stadt dem Land gegenüber Druck mache und auffordere, dies ebenso zu tun.

**neu Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Kommunen**

Herr Exner informiert, dass es für die Stadt keine finanziellen Verluste aus der internationalen Finanzkrise gebe, schon deshalb, weil für Kommunen spekulative Anlagen verboten seien. Trotzdem gebe es indirekte Auswirkungen durch die Finanzkrise und die daraus resultierende konjunkturelle Entwicklung sowie die Unternehmenssteuerreform. Er gehe derzeit von einer geringeren Gewerbesteuererinnahme für 2008 von ca. 5 Mio Euro aus, die im Jahr 2009 noch weiter sinken könne. In 2010 seien die Auswirkungen des Fonds der Bundesregierung abzuwarten, an dem die Bundesländer zu 35 % beteiligt seien. Insgesamt könne von einem Trend zum Schlechteren ausgegangen werden.

**neu Schulsozialfond**

Frau Fischer informiert, dass die Stadt gestern den Festsetzungsbeschluss des Landes erhalten habe. Für 1434 Schüler aus einkommensschwachen Haushalten habe die Stadt 58.134 Euro erhalten, was 40,54 Euro pro Kopf entspreche. In den

nächsten Tagen werde das Geld an die betreffenden Schulen überwiesen und von denen eigenverantwortlich umgesetzt.

## zu 10      **Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Stand der Lösung des Problems „Radweg am Neuen Garten“. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist in ihrer Antwort auf ein am morgigen Tag stattfindendes Gespräch mit der Stiftung und ein erarbeitetes Grobkonzept für eine Wegeführung über Teile des Stiftungsgeländes und Teile des Geländes des Treffpunkts Freizeit. Dies werde als eine Variante diskutiert, die mit Kosten in Höhe von 140.000 Euro zu Buche schlage. Eine zweite Möglichkeit sei die Abmarkierung auf der Straße am Neuen Garten, die mit den Verkehrsplanern diskutiert wurde und für die 83.000 Euro an Kosten auf städtischem Gelände entstehen. Frau Bankwitz favorisiert den sichereren Radweg der Variante 1 und fordert die Verwaltung auf, die Interessen der Kinder und Jugendlichen stärker gegenüber der Stiftung zu vertreten.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach dem Stand der Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführers des Luftschiffhafens, die im Herbst 2008 erfolgen sollte. Frau Fischer verweist auf eine dazu erarbeitete „To-Do-Liste“ in der eine entsprechende Zeitschiene enthalten sei und die dem Protokoll als Anlage beigelegt werde.

Eine weitere Frage von Herrn Dr. Scharfenberg bezieht sich auf die Presseinformationen, dass der VIP nicht mit der Empfehlung des Ministers einverstanden sei, die Fahrpreis nicht zu erhöhen. Herr Weis betont, dass diese Stellungnahme im Bezug zur Mitgliedschaft im VVB zu werten sei. Für die Stadt kündigt er eine, wenn überhaupt maßvolle Tarifierhöhung an, da derzeit im Vergleich zu anderen Städten eine sehr gute Umsatzentwicklung mit einem aktuellen Plus von 5,1 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen sei.

Herr Schubert bemängelt, dass aus dem Bericht in der Presse nicht deutlich geworden sei, dass Herr Weis in seiner Funktion als Verbandsträger Stellung genommen habe.

Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter zur Planung der Sanierung des Alten Rathauses wird mit Herrn Richter bilateral besprochen.

Zur Nachfrage von Frau Dr. Müller zum Stand der Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereiches 1 empfiehlt Herr Exner, dies als einen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung aufzunehmen.